

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 23

Köln, den 6. Juni 1930

31. Jahrg.

Der 13. Verbandstag

wird hiermit auf Sonntag, den 7. September, nach Kassel, Stadthalle, einberufen. Die Begrüßung und Eröffnung erfolgt vormittags 11 Uhr. Für die Verhandlungen sind die nachfolgenden 3 Tage vorgesehen.

Tagesordnung:

1. Gottesdienst.
2. Begrüßung der Teilnehmer und Konstituierung des Verbandstages.
3. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes:
a) Allgemeines, b) Finanzen, c) Verwaltung, d) Verbandszeitung, e) Jugend.
4. Bericht über die Prüfung der Kasse und Entlastung des Vorstandes.
5. Lohn- und Tarifbewegung.
6. Der Lebensraum der deutschen Arbeiterschaft und die soziale Pflicht der Volksgesamtheit.
7. Anträge und Verschiedenes.
8. Wahl des Zentralvorstandes und der Kassenprüfer.

Anträge

zum Verbandstage müssen spätestens bis zum 1. August bei der Geschäftsstelle in Köln eingereicht sein. Nachdem erfolgt die Veröffentlichung der Anträge in der Verbandszeitung.

Jeder Antrag ist einzeln auf ein besonderes Blatt Papier zu schreiben mit der Überschrift „Antrag zum Verbandstag“. Das Papier darf nur auf der Vorderseite beschrieben sein; die Rückseite muß also frei bleiben.

Wahlbezirke.

Gemäß unserer Verbandsstatuten ist auf je 1000 Mitglieder ein Vertreter und ein Ersatzmann zu wählen. Zahlstellen mit annähernd 1000-Mitgliedern wählen einen eigenen Vertreter und Ersatzmann. Von kleineren Zahlstellen sind so viele zu einem Bezirk zu vereinigen, bis annähernd 1000 Mitglieder erreicht sind. Sie wählen gemeinsam einen Vertreter und Ersatzmann.

Dementsprechend hat der Zentralvorstand die Wahlbezirke gebildet. Die Wahlkreiseinteilung wird allen Zahlstellen durch ein Rundschreiben bekanntgegeben.

Wahlbestimmungen.

1. Die Wahlen der Vertreter und Ersatzmänner zum Verbandstage sollen in den Tagen vom 5. bis 13. Juli vorgenommen werden. An einem dieser Tage müssen also die Zahlstellen ihre Mitgliederversammlung abhalten und darin die Wahl vornehmen lassen.
2. Den größeren Zahlstellen ist es gestattet, für die Berufsgruppen und Dororte besondere Wahllokale zu bestimmen. Jedes Mitglied darf nur einmal seine Stimme abgeben.
3. Damit sämtliche Mitglieder sich an der Wahl beteiligen können, soll ihnen die Ortsverwaltung 8 bis 14 Tage vorher die Tagesordnung der Versammlung bekanntgeben.

4. Wählen können nur die in der Wahlversammlung anwesenden Mitglieder, die nicht mit ihren Beiträgen rückständig sind. Bei Abgabe der Stimmzettel sind also die Mitgliedsbücher einzusehen. Wer nicht in der Wahlversammlung anwesend ist oder wer erst nach Schluß des Wahlaktes erscheint, darf nicht zur Wahl zugelassen werden.

5. Für die Leitung jeder Wahl ist ein Wahlvorstand zu bilden. Dieser besteht aus dem Vorsitzenden oder einem Vorstandsmitgliede der Zahlstelle, Orts- oder Berufsgruppe und aus zwei von der Wahlversammlung zu wählenden Mitgliedern, die nicht dem Vorstände angehören dürfen.

6. Die Wahl wird durch Stimmzettel in einem Wahlgange vorgenommen. Auf den Stimmzettel sind so viele Namen zu schreiben, als Vertreter und Ersatzmänner zu wählen sind. Der Vertreter ist auf dem Stimmzettel zu bezeichnen, indem neben dem Namen das Wort „Vertreter“ hingeschrieben wird.

7. Die ausgefüllten Stimmzettel sind in der Versammlung gleich zu zählen. Das Resultat ist dann sofort niederzuschreiben, in der Versammlung zu verlesen, mit den drei Unterschriften des Wahlvorstandes zu versehen und der Geschäftsstelle des Verbandes einzusenden.

8. Gibt eine Zahlstelle mehr Stimmen an, als in der Wahlversammlung abgegeben wurden, oder stellt es sich heraus, daß Mitglieder doppelt gewählt haben, so werden sämtliche abgegebenen Stimmen als ungültig nicht mitgezählt.

9. Die Wahlresultate müssen bis zum 18. Juli bei der Geschäftsstelle in Köln eingetroffen sein. Hier werden die auf die einzelnen Kandidaten abgegebenen Stimmen zusammengestellt. Die Gewählten werden in unserer Verbandszeitung bekanntgegeben. Sind Stichwahlen erforderlich, so werden sie nach dem 18. Juli vom Zentralvorstand angeordnet.

10. Bei der Auswahl der Kandidaten sollen die Ortsverwaltungen darauf Bedacht nehmen, daß nur tüchtige Verbandsmitglieder in Frage kommen. Vorschläge werden von der Zentralstelle nicht gemacht. Den Zahlstellen der Wahlbezirke steht es frei, sich vor der Wahl über geeignete Kandidaten zu verständigen.

Der Zentralvorstand.

**Ziel und Wille aller Holzarbeiter ist
den Verband machtvoll und
leistungsfähig zu gestalten.**

**Bis zum
Verbandstag gilt darum als Parole:
Werbearbeit
und immer wieder: Werbearbeit!**

Jugendgeist und Begeisterung.

Soweit wir geschichtlich zurückdenken können, ist Pfingsten im deutschen Volke immer als das große Freudenfest der blühenden Natur gefeiert worden. Ostern ist der Sieg über Eis und Winter errungen worden, jetzt wirkt dieser sich in überschwenglicher, fröhlicher Blüte aus. Gradezu blühtrunken ist die ganze Welt, in Schönheit und Freude weiß sie sich kaum zu fassen, und immer neue Säfte und Kräfte drängen noch an das strahlende Licht und zu freudig-bunter Formwerdung.

Und seit jeher gehört Pfingsten in besonderem Maße der heranwachsenden Jugend, etwa so, wie Weihnachten in erster Linie ein Kinderfest darstellt. Das ist nicht verwunderlich, denn die Natur draußen ist innig auch mit dem Menschenleben verwoben, ist mehr als nur ein Gleichnis des Menschenlebens. Die Jugendzeit des Menschen ist seine Pfingstzeit. Körper und Geist des Jugendlichen stehen in schönster Blüte, Kräfte und Säfte drängen nach Betätigung, ans Licht und zur Formwerdung. Tausend Pläne mit rosigem Hintergrund werden vom Jugendlichen geträumt, daß kein pfingstlicher Blühtraum draußen in der freien Natur sie übertreffen kann. Hohe Begeisterung wogt in der Brust des Jugendlichen, ähnlich wie die Pfingstnatur in einem wahren Freudenrausch sich befindet. Pfingsten und Jugendzeit, sie bilden das „liebliche Fest“ der großen Natur draußen und des Menschenlebens. — So sehen wir denn, wie das Volk mit tiefem Verständnis für wesenhafte Zusammenhänge von altersher in den Mittelpunkt der meisten Pfingstbräuche und Pfingstfeste die Jugendlichen gestellt hat, die Wahl der Pfingstbraut, das Aufpflanzen des Maienbaumes vor dem Fenster der Geliebten, die Wettspiele um die Belohnung aus der Hand der Pfingstbraut

Das Christentum hat das große Naturfest ältester Herkunft durch sittliche Gedanken noch vertieft und verklärt. Die Jünger waren nach des Meisters Himmelfahrt verzagt und kleinmütig in Jerusalem zusammengeblieben. Wohl kannten sie die Heilsbotschaft, sie hatten ihr Ostern erlebt, aber sie wagten nicht, den Auftrag des „Geht hin in alle Welt“ auszuführen. Sie glichen untätigen, nutzlosen Greisen. Da rauschte und brauste der heilige Geist in Gestalt feuriger Zungen auf sie nieder, und im Nu waren sie völlig umgewandelt, waren aus Greisen Männer geworden, die in jugendlicher Begeisterung und jugendlich überschäumender Kraft, mit unbezähmbarem Tatendrang, mit pfingstlichem Ungestum unter die Menge traten und das Heil verkündeten in vielen Sprachen. Bald war ihnen die Welt zu eng, die vorher im kleinen Saale sich zusammengedrängt hatten. Das Pfingstfest hatte ihnen Verjüngung und Begeisterung, damit Kraft und Erfolg für ihre Riesenaufgabe verliehen.

So ist Pfingsten das Fest der Jugend, aber darüber hinaus für alle die laute Mahnung, wieder jung zu sein und zu werden, wieder Begeisterung für Gedanken und Werte zu fassen, in jugendlicher Frische und Kraft an seine Aufgaben zu gehen und sie zu meistern. Freudiger Schwung, etwas von Pfingststimmung muß im Menschen sein, das hilft ihm viele Hindernisse überwinden, bringt ihm manchen Erfolg ein, auf den er mit zaudernder Überlegung vielleicht kaum gehofft hatte. Freudiger Schwung ist das Geheimnis vieler bestaunter Taten und Errungenschaften. Sieh dir das Leben großer Männer an, schau dich auch im Kreise erfolgreicher Bekannter um, achte auf ihre Lebensstimmung, und du wirst das Pfingstliche daran finden.

Der Mensch erhebt sich über die andere Natur durch seinen freien Willen. Die Natur draußen läuft nach unaländerlichen Gesetzen, und so hat sie im Jahre auch nur einmal das freuderschäumende Pfingstfest zur festgesetzten Zeit. Gewiß hat auch der Mensch seine bestimmten Jugendjahre, aber das Wesentliche der Jugendzeit, die freudige Kraft, die unbändige Schaffenslust, die Begeisterung für Ideen sind nicht an diese Spanne unabänderlich gebunden. In gewisser Weise gilt vom Menschen das vielgebrauchte Wort, daß er so alt sei, wie er sich fühle. Wie alt man aber sich fühlt, das ist in nicht unbeträchtlichem Maße vom Willen, vom Fühlenwollen abhängig. Es gibt greisenhafte Jünglinge, genau wie es jugendliche Greise voller Spannkraft, Unternehmungslust, Arbeitsfreude und Begeisterungsfähigkeit gibt.

Und hier will der Pfingstgedanke seine Wirksamkeit ansetzen. Das Pfingstfest ruft uns zu: Seid jung! Geht hinaus in die pfingstliche, blühende kraftströmende Natur und saugt von ihrem unermeß-

lichen Reichtum in euch hinein. Denkt an die Pfingstbotschaft des Christentums, die berichtet, wie aus unlustigen, verzagten, greisenhaften Menschen plötzlich jugendhaft stürmische, tatendringende Männer wurden, die ihre Begeisterung auf die größten Höhen des Erfolges führten, die eine ganze Welt ihren Gedanken untertänig machten. Werdet jung im Herzen, wenn auch schon Alter und böse Erfahrungen euch bedrücken, wenn das Schicksal manchmal an euch herumgepfückt hat.

Dor allem auf die Begeisterung kommt es an. Begeisterung für die Werte, die dir am Herzen liegen, soll in dir aufbrechen, hell und nachhaltig. Aus der Begeisterung wächst dann die freudige Tat und der Erfolg von selbst. „Begeisterung ist keine Heringsware, die man einpökeln kann,“ hat Bismarck einmal gesagt. Die bloße, leere Begeisterung kann nicht bestehen. Wer bloße, begeisterte Redensarten auf die Dauer von sich gibt, macht sich zum Narren. Echtheit und wahre Begeisterung drängt zur Tat mit jugendlichem Ungestum, sie will ihr Ziel, auf das sie gerichtet ist, verwirklicht sehen. Auch die herrliche Pfingstblüte ist ja nicht Selbstzweck — die Natur vertut solchen Aufwand nicht sinnlos — sondern sie will Vollendung, Reife und Frucht werden. Erst im trächtigen Herbst findet der Pfingstgedanke seinen Abschluß. Die Ernte der Begeisterung aber ist die vollbrachte glückliche Tat.

Daß die Ideale unserer Bewegung der Begeisterung wert sind, braucht hier nicht ausgeführt zu werden, ist oft genug gesagt. So viel ist sicher: Eine Bewegung steht festgefügt und wächst erfreulich, solange Begeisterung in den Mitgliedern lebt. Die Anfangszeiten jeder Bewegung sind die schwierigsten, und doch ist stets gerade in dieser Zeit das gesündeste Wachstum trotz aller Not festzustellen. Warum? Fragt die Führer der Gründungszeit. Sie werden euch das Rätsel mit dem Hinweis auf die Begeisterung lösen, die damals in allen, wenn auch wenigen Herzen brannte. Begeisterung und Liebe sind miteinander eng verwandt, und wo sie wohnen, da hört treue Sorge und freudige, hingebende Arbeit nicht auf, bis das Ziel erfüllt ist. Das gilt für das menschliche Einzelleben, ebenso aber für alles Gemeinschaftsleben und Gemeinschaftswirken.

Die Unfruchtbarkeit des Sozialismus.

Es erscheint auf den ersten Blick merkwürdig, wie eng sich im Sozialismus die Gegensätze berühren. Und doch ist das die ganz natürliche Folge jeder starren, doktrinären Einseitigkeit, deren Auslösung immer nur die entgegengesetzte ebenso starre Einseitigkeit sein kann. Die Gegensätze ziehen sich an, das heißt, sie wechseln einander ab. Auch innerhalb des gleichen Lehrgebäudes; sobald es praktisch angewandt wird.

Freiheit und Ordnung sind die beiden Pole, die in ihrer lebendigen Spannung das Leben der Menschen gestalten. Die Freiheit ist das selbstverständliche Recht der Einzelpersonlichkeit. Sie ist der Motor, der den Menschen zum Schaffen anregt und tatensroh erhält. Sie ist daher das Element des Fortschrittes, dessen Fortfall alles Leben zum Erstarren bringt. Die Ordnung dagegen ist das ebenso selbstverständliche Recht der Gemeinschaft. Sie reguliert den Motor, damit die Tätigkeit des einzelnen nicht zur Willkür ausartet, sondern sich in die Gemeinschaft einfügt. Beide, das Recht der Persönlichkeit, wie auch das Recht der Gemeinschaft, sind notwendige Ergänzungen, die gleicherweise unentbehrlich sind. Sie in das richtige Verhältnis zueinander zu bringen, ist das stete Bemühen der Menschheit geblieben. Das rechte Maß beim Ausgleich beider Rechte wird nur der verantwortungsbewußte Mensch innezuhalten vermögen, dessen Verantwortung gegenüber sich selbst und gegenüber der Gemeinschaft in einer letzten Verantwortung gegenüber Gott ihre stärkste Begründung und Stütze findet. Überall da, wo diese ethische Kraft ausgeschaltet wird, ist die Folgewirkung extreme Maßlosigkeit nach der einen oder anderen Seite.

Der Liberalismus, der den starken bzw. vermögenden Menschen an die Stelle des Herrgotts setzte, überspannte das Recht der Einzelpersonlichkeit. Und als seine Anhänger merkten, daß das völlig außer acht gelassene Recht der Gemeinschaft den Kampf aller gegen alle herbeiführte und sie selber schädigte, da vereinsichtigten sie das

Recht der Gemeinschaft in Kartellen und Trusts, die die außerhalb Stehenden um so stärker vergewaltigten. Ihr Mittel war nicht die ethische Verantwortung der Gottesgläubigen, sondern die rohe Gewalt der Machtausschließlichkeit. Und die Folgewirkung bildete die Zerschlagung der Gemeinschaft, die Unterdrücker und Unterdrückte gegeneinander hezte.

Der Sozialismus dagegen überspizte in der gleichen Einseitigkeit das Recht der Gemeinschaft bis zur unlebendigen Masse. Er schaltete das Recht der Einzelpersönlichkeit aus und wollte nur das Recht der Masse gelten lassen. Auch wiederum vermittelte der Machtausschließlichkeit. Er will die Einzelverantwortung ablösen durch eine Kollektivverantwortung, das Privateigentum an Produktionsmitteln durch das Kollektiveigentum der sozialisierten Wirtschaft. Sein Lehrgebäude beruht auf einer völligen Verkennung der menschlichen Natur. Überall da, wo die Sozialisierung praktisch angewandt wurde, da wurde aus der proklamierten Kollektivverantwortung eine allgemeine Verantwortungslosigkeit, aus der Demokratie eine Mißwirtschaft, aus der die im Machtgedanken groß gewordenen Führer keinen anderen Ausweg wußten, als den diktatorischen Zwang, mit dem sie ihren Willen durchsetzten. Die Extremie berührten sich. Aus dem einseitig betonten Rechte der Gemeinschaft wurde in Wirklichkeit das einseitige Recht des Starken, des Diktators. Das beste Beispiel dafür liefern in Deutschland die sozialistischen Bauhütten, die schon sehr bald aus der Genossenschaftsform sich zur kapitalistischen G.m.b.H. entwickelten, in denen einige wenige Kollektivaktionäre bestimmen, und in denen es den Arbeitern in rechtlicher und sozialer Beziehung vielfach schlechter geht

als in rein kapitalistischen Betrieben. In Rußland besteht der sozialistische Sowjetstaat der Arbeiter und Bauern in der Machtausschließlichkeit des Diktators Stalin. Die skandalösen Vorgänge in der Berliner Stadtverwaltung sind nur aus der liberalen und sozialistischen Ideenwelt heraus zu erklären, die zwar von zwei entgegengesetzten Extremen ausgehen, aber beide in das gleiche chaotische Durcheinander führen.

Das ist der Grundirrtum der Sozialdemokratie, daß die Besserung der ökonomischen Verhältnisse der Gesamtheit ohne weiteres auch die Beseitigung oder Minderung der menschlichen Schwächen und Laster herbeiführe. Die Geschichte ist voller Beispiele, die das Gegenteil beweisen. Die Verantwortung des einzelnen muß immer im Vordergrund stehen. Diese Verantwortung aber bedingt auch die Verfügungsgewalt über bestimmte Güter, an der sich die Verantwortung erproben muß. Hand in Hand mit der Besserung der ökonomischen Verhältnisse muß die Erziehung zur Einzelverantwortung gehen. Ja, die letztere ist das Wesentlichere. Denn eine allgemeine Besserung der ökonomischen Verhältnisse ist erst dann möglich, wenn die Verantwortung jedes einzelnen Allgemeingut wird. Diese persönliche Verantwortung aber kann nur Allgemeingut werden, wenn sie in der letzten Verantwortung des Gottzugewandten verankert ist.

Daher wird der gottabgewandte, sozialistische Mensch infolge seiner inneren Haltlosigkeit niemals die wirtschaftlichen Verhältnisse zu bessern vermögen und damit auch nicht die gleichberechtigte Einordnung des Arbeiterstandes in die Gemeinschaft herbeiführen können.

Zur Lohnpolitischen Diskussion.

Die Arbeitslosenziffern weisen immer noch einen beängstigenden hohen Stand auf. Die Rekordzahlen der Wintermonate sind nicht in dem erwarteten Umfange mit dem Eintritt der besseren Jahreszeit gesunken. Die saisonmäßig bedingten Wirtschaftszweige haben trotz günstiger Witterungsverhältnisse keine wesentliche Geschäftsbelebung aufzuweisen. Hier ist insbesondere die Lage des Bauemarktes im Vergleich zu vorhergehenden Jahren so miserabel, daß stellenweise die Zahl arbeitsloser Bauarbeiter jetzt, Ende Mai, größer ist als zu Anfang des Jahres. In anderen Industrien mehren sich neuerdings die Schwierigkeiten, die zu Einschränkungen und Stilllegungen führen. Die privaten Notprogramme einzelner Unternehmer, die meist in der Forderung gipfeln: „Die Arbeiterschaft muß in einen Lohnabbau einwilligen“, werden zahlreicher. Schon vorher hat sich die öffentliche Diskussion im Zusammenhang mit der bestehenden Wirtschaftskrise und dem Arbeitslosenproblem der Lohnfrage zugewandt. Die Unternehmerpresse hat zwar immer Attacken gegen die Arbeiterlöhne geritten, die nur dann weniger schneidig ausfielen, wenn die Gesamtlage der Wirtschaft selbst naiven Gemütern deutlich erkennbar das Vorhandensein guter Konjunktur und einer angemessenen Rendite aufwies. Mit größerem Elan und Eifer muß natürlich der Lohn als des Übels wahre Ursache herhalten in Zeiten, wie wir sie jetzt erleben. Zuzug aus dem Lager der Wissenschaft ist dann sehr erwünscht, und gerne leistet diese Sekundärendienste. Was Wissenschaftler zum Lohnproblem sagen, ist für uns nicht gleichgültig, weil die öffentliche Meinung und die Ansichten der Unternehmer von solch wissenschaftlich aufgemachter Ansicht stark beeinflusst werden.

In der Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde „Die Arbeit“, deren Herausgeber Th. Leipart vom ADGB ist und die in etwa ein Gegenstück zu unserer „Deutschen Arbeit“ darstellt, wird seit einigen Monaten ernsthaft darüber diskutiert, wie man der Arbeitslosigkeit durch Erweiterung unserer Wirtschaft Herr werden könnte. Dort schreibt nun Professor Dr. Folkert Wilken aus Freiburg i. B. über das Thema: „Die Finanzierungs-gesetze einer dauerhaften Wirtschaftserweiterung“ u. a. folgendes über die Wirkung von Lohnerhöhungen, also noch weiteren Differenzierungen auf die Wirtschaft:

„Aber nicht nur der Unternehmer muß umlernen, auch der Arbeiter muß seine Vorstellungen vom Wesen der Lohnerhöhungen korrigieren. . . Der Arbeiter muß sich angesichts der schlichten Tatsachen und Gesetze der Wirtschaftserweiterung von gewissen landläufigen Vorurteilen freimachen können. Er mag Lohnerhöhungen aus Gründen der Verbesserung seiner Lebenshaltung erstreben so viel er will, aber er müßte sich vor der Selbsttäuschung

bewahren, daß mit diesen Lohnerhöhungen zugleich irgendwie die Arbeitslosenfrage oder das Problem der Wirtschaftserweiterung gelöst werden könnte.

Lohnerhöhungen vollziehen sich heute ausschließlich und immer auf Kosten der Verkürzungen anderer Einkommen.

Die Unternehmer können ihre durch Lohnsteigerungen entstandenen Profitenbußen in Form von Preissteigerungen weiterwälzen, dann verringert sich die Kaufkraft der bestehenden Einkommen. Solche Preiserhöhungen aber treiben die Wirtschaft erst recht in die Stockung, weil sie eine Aufblähung des Wertes der Zirkulation bedeuten.

Diese und noch manche andere Wirkungen gehen von den Lohnerhöhungen aus, keine jedoch ist so beschaffen, daß sie irgendwelche Bedeutung erlangen könnte für die Behebung der Arbeitslosigkeit.

Die Lohngestaltung hat nur Bedeutung für die Proportionen der Verteilung des Sozialproduktes, einerlei, ob dasselbe aus einer stagnierenden oder sich erweiternden Wirtschaft stammt.“

Prof. Dr. Schmidt-Frankfurt beschäftigt sich in der Kölnischen Volkszeitung vom 19. Mai 1930 mit der Frage: Bekämpfung oder Erhaltung der Arbeitslosigkeit. Er widmet dabei der Lohnfrage den längsten Abschnitt seiner Ausführungen und sagt unter anderem:

„Weitere Ursache der Arbeitslosigkeit kann die Lohnpolitik sein. Lohnpolitik ist Preispolitik. . . Jedenfalls ist ein Lohn, der für eine Zeit, in der Kapital vom Auslande noch reichlich zufließt, angemessen war, es nicht mehr, wenn dieser Zufluß stockt und der Zins rapide steigt. Grundsätzlich müßte eine viel beweglichere Lohnpolitik getrieben werden, in deren Register nicht nur die Lohnerhöhung, sondern auch die Lohnermäßigung verzeichnet steht. Lohnermäßigung kommt immer dann in Betracht, wenn eine Arbeitslosigkeit herrscht, die über den aus Stellenwechsel und Rationalisierungsumstellung erklärlichen Stand hinausgeht. Sie ist also das einzige radikale Mittel für die Gegenwart und wäre in der Weise anzuwenden, daß mit den großen Industrieverbänden der Lohnsatz ausgehandelt würde, bei dem sie imstande sind, den ganzen oder mindestens einen erheblichen Teil der heutigen Arbeitslosen wieder zu beschäftigen. Man kann sicher sein, daß das, was zunächst als ein Opfer für die Arbeiter erscheint, es mindestens nicht in vollem Umfange sein wird, denn selbstverständlich muß mit der Lohnsenkung auch die Preissenkung Hand in Hand gehen.

Was nun derzeit von seiten der Gewerkschaften, der heutigen Großhändler für Arbeit, hört, ist genau das Gegenteil einer planmäßigen marktorientierten Abgabepolitik. Was sie den Unternehmern, insbesondere den Kartellen, zumuten, nämlich die Preise

zu senken, scheint ihnen für das eigene Lager vollkommen unmöglich. Sie verlangen, daß die Gesamtheit diejenigen Arbeiter erhält, deren Arbeitskraft infolge der zu hohen Löhne nicht abgesetzt werden kann. Die Kosten sollen aus verschiedenen Quellen aber immer als unproduktive Lasten aufgebracht werden. Ein neuerliches Defizit will man aus einem Notopfer zu Lasten von Nichtarbeitern bestreiten. Was würde man sagen, wenn ein Händler, der wegen zu hoher Preise auf seinen Waren sitzen bleibt, dafür die Gesamtheit in Anspruch nehmen wollte. So hart es klingen mag, die Arbeit ist auch im Markte nichts anderes als solche Ware, deren Absatz mit steigendem Preise sinkt. Man mag dagegen im Geiste revoltieren, aber man kann es nicht ändern, und nur wenn man die politische Macht über die Taschen anderer mißbraucht, kann man vorübergehend Scheinerfolge erzielen. Daß es keine dauernden sind, dafür sorgen die Folgen der Ausgleichsaktion: Minderung der Gesamtproduktion durch Dauerarbeitslosigkeit und Kapitalflucht infolge zu hoher Lasten.

Das Hauptstreben der Gewerkschaftspolitik ist auf Lohnerhöhung, mindestens Lohnerhaltung, eingestellt. Sie machen damit den gleichen Fehler, den sie so oft den Kartellen vorwerfen. In der Absatzstockung kann nur schnelle Preisenkung helfen. Jedenfalls wird man schwer einsehen können, warum Arbeiter, die bei einem niedrigen Lohn voll beschäftigt werden könnten, es nicht sein sollten, nur, weil die offizielle Lohnpolitik bei der Aufrechterhaltung eines Lohnniveaus beharrt, das für die Krisenzeit zweifellos zu hoch ist, aber wahrscheinlich, nachdem durch Lohnsenkung erst einmal die Wiedereingliederung der Arbeitslosen gelungen ist, durch die erhöhte Produktivität und den Wegfall der unproduktiven Lasten, recht bald dem Arbeiter die alte Kaufkraft sichern würde. Vorläufig sind alle Maßnahmen der mit Lohnpolitik besetzten Stellen solche zur Aufrechterhaltung der Arbeitslosigkeit.

In allen Tonarten echot die Unternehmerpresse und wiederholt in den verschiedensten Variationen die Grundthemen der vorstehenden Ausführungen. Der Handelsteil bedeutender Tageszeitungen steht ebenfalls im Dienste einer Lohnabbaupropaganda und man ist versucht zu glauben, daß dieser Eifer, der dort zutage tritt, Eingeständnis dafür ist, wie wenig man im allgemeinen den wirklichen und wahren Ursachen der Krise nachzugehen in der Lage oder gewillt ist. Kürzlich hat Kollege Balkruß in unserem Organ Gelegenheit genommen, nachzuweisen, daß die Lohnhöhe nicht Ursache der Wirtschaftskrise und der Grund für die bestehende Arbeitslosigkeit ist. Mehr als die Lohnhöhe ist Fehlleitung des Kapitals, falsche Rentabilitätsberechnungen, übersteigerte Leistungsfähigkeit der Industrie als Erklärung für die Desorganisation der Wirtschaft zu betrachten. Das planmäßige Wirtschaften bezog sich zu sehr auf die Produktion und ließ die notwendige Berücksichtigung des möglichen Verbrauchs durchaus vermissen. Die Verbraucherschaft ist nicht gewillt im Warenpreis die ungenutzte Produktionskapazität mitzuzahlen, sondern nur die Kosten, die der Bedarfsmenge entsprechen. Irgendwo konnten wir kürzlich lesen von der Weigerung des Konsumenten den maßlosen Produktionssehrgreiz zu bezahlen. Das scheint ein richtiges Wort zu sein. Aber das Verhältnis von Preis zum Lohn hatten wir schon lange Klage zu führen.

Aufgabe der Wissenschaft wäre es, umfassende Untersuchungen über die Fehlerquellen der Wirtschaft anzustellen und Wege zu weisen, die aus der Misere führen. Statt dessen begnügt man sich weitgehend nachträgliche Feststellungen zu treffen und wirtschaftliche Prognosen auf Grund unzulänglicher Mittel zu stellen. Dabei beeinflussen vorkriegsliche Gedankengänge sehr stark auch die Wissenschaftler. Ein Schulbeispiel dafür sind die Darlegungen von Prof. Schmidt. Lohnsenkungen als das Radikalmittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu bezeichnen, beweist die Naivität dieses Wissenschaftlers. Ganz richtig wird im „Deutschen“ vom 25. Mai bemerkt:

Prof. Schmidt übersieht, daß die Lohnhöhe nicht das Ergebnis eines theoretischen Gedankenganges ist, sondern sich aus dem Kampf um den Anteil am Sozialprodukt ergibt. Dieser Kampf muß sich in Krisenzeiten verschärfen, weil der Unternehmervorgewinn zurückzugehen droht. Die Unternehmer wollen auch bei schlechter Konjunktur Unternehmervorgewinn und Rente entsprechend den Tendenzen der Kartellpolitik durchhalten. Sie wehren sich insbesondere dagegen, die Fehlinvestitionen abzuschreiben und versuchen, auch für solche Kapitalanlagen einen künstlichen Ertrag zu erzielen, die normalerweise aus dem Produktionsprozeß auscheiden müssen. Diesen toten Ballast muß aber irgendwer bezahlen, entweder der Konsument mit hohen Preisen oder der Arbeiter mit niedrigen Löhnen. Der Ar-

beiter denkt aber nicht daran, für die Fehler der Unternehmer noch mehr als bisher zu büßen. Wenn Prof. Schmidt meint, „der Lohn, der für eine Zeit, in der Kapital vom Ausland noch reichlich zufließt, angemessen war, ist es nicht mehr, wenn dieser Zufluß stockt und der Zins rapide steigt“, so ist demgegenüber erst einmal festzustellen, daß das Zinsniveau sinkt und bei einem weiteren Zurückhalten der Unternehmertätigkeit auch die Zinsfüße auf dem Kapitalmarkte sicher nachgeben werden. Die Auslandsanleihen sind doch nicht die Voraussetzung für höhere Löhne, sondern die mit Hilfe der Auslandsanleihen durchgeführte Rationalisierung. Die erhöhte Produktivität ermöglicht eine Hebung des Lohnniveaus. Diese Produktivität ist auch nach dem Versiegen des Anleihestromes vorhanden. Wo sie durch Fehler der Unternehmer nicht erreicht worden ist, müssen eben die Besitzer der Unternehmen die unangenehmen Folgen tragen.

Wir glauben nicht, daß Lohnsenkung uns aus der Wirtschaftskrise herausführt und die Arbeitslosigkeit beseitigt. Das wäre nur dann der Fall, wenn niedrigere Löhne zu einem Exportdumping zwecks Ausnutzung zu großer Produktionsanlagen führen. Dies ist aber volkswirtschaftlich nicht erwünscht, weil die Gesamtwirtschaft jede Unterbietung auf dem Weltmarkt wieder bezahlen muß. Das volkswirtschaftliche Gleichgewicht wird durch Lohnabbau schon deshalb nicht erreicht, weil Lohnsenkung eine Verminderung der Kaufkraft der Arbeitnehmer bedeutet. Das große Loch im wirtschaftlichen Kreislauf, das in der Ausschaltung von etwa einem Zehntel der Erwerbstätigen zum Ausdruck kommt, wird dadurch nicht beseitigt. Die Überwindung der Wirtschaftskrise kann nur durch eine Neuordnung der Produktionsverhältnisse erfolgen.

Bundestag der Bodenreformer.

Unter stärkster Beteiligung aus allen Schichten und Gruppen des deutschen Volkes nahm der 33. Bundestag der Deutschen Bodenreformer in Würzburg einen glänzenden Verlauf. Die Bodenreformer dürfen hoffen, daß das Echo und die Wirkungen des diesjährigen Bundestages sehr weitgehende und nachhaltige sein werden. Nicht weniger als 200 Körperschaften hatten ihre Delegierten entsandt, darunter die Spitzengewerkschaften der Angestellten, Arbeiter und Beamten der verschiedensten Richtungen, die Großorganisationen der Kriegsbeschädigten, Kleingärtner, Mietervereine, Jugendorganisationen und viele andere mehr. Auch sehr zahlreich waren vertreten die Städte und die Gemeinden sowohl selbst, wie durch ihre Verbände und Bünde.

Damaschke, der einstimmig zum Vorsitzenden wieder gewählt wurde, ließ in seinem Bericht „Unsere Arbeit und Aufgaben“ zunächst die Toten sprechen und zeigte an ihnen die ganze Weite der Bewegung. Es wurden da genannt: Admiral v. Tirpitz, der Kaufmann Pohlmann, drei deutsche Bodenreformbürgermeister, die Pädagogen Professor Rein, Maßdorf und der Bahnbrecher des deutschen Turnwesens Schmidt, die Theologen Sonnenchein und Schneemelcher, Arbeiterführer Behm und Gutsche, als Vertreter des Mittelstandes Marfels, des Auslandsdeutschtums Karl Wolff. Bei den Darlegungen der Aufgaben wies Damaschke hin auf die Notwendigkeit der Steuerreform, einer tatkräftigen Hilfe für die schwermringende deutsche Landwirtschaft und auf die Notwendigkeit der endgültigen Verabschiedung des Wohnheimstättenengesetzes. Justizrat Dr. Cierk referierte eingehend über den Baualtgesetzentwurf, daß er in keiner Weise den Forderungen der Bodenreformer entspreche. In den Vorstand wurden u. a. gewählt: Reichsgerichtspräsident Simons, Professor Ruhagen, Rietzel, Reg.-Rat Hartek, Frau Petersen, Helene Weber, M. d. R. Ezz. Oidekop, Reg.- u. Baurat Richard, Danzig.

Alle Vorträge stellten die Heimstättenfrage und das Wohnheimstättengesetz in den Mittelpunkt. Kreuz, der Präsident des deutschen Caritasverbandes und M. d. R. Mumm sprachen über die „Heimstättenfrage in ihrer religiös-sittlichen Bedeutung“. Reichsgerichtspräsident Simons betonte in dem Vortrag „Heimstättenfrage und Strafrechtsreform“, daß ohne Heimstättenreform auch die umsichtigste Strafrechtsreform ihr Ziel verfehlt. Eine tatkräftige Bodenreform sei für die Bekämpfung der Kriminalität wirksamer als die beste Strafrechtsreform. Stadtbaurat May, Frankfurt a. M., forderte in seinem Vortrag „Die wirtschaftlichen Voraussetzungen der Heimstättenbildung“ eine planmäßige Ablenkung der hochgetriebenen Bodenpreise durch die Gemeinden durch Boykott aller

Baugeländes, für das unangemessene Preise gefordert werden. Studienrat Dr. Kassner sprach für die höheren Schulen über „Die Heimstättenfrage in ihrer erzieherischen Bedeutung“ und Schulrätin Petersen, Pädagogische Akademie Kiel, über dasselbe Thema für die Volksschulen. Prof. Dr. Rietschel zeigte in seinem Vortrag „Die Heimstättenfrage in ihrer gesundheitlichen Bedeutung“, wie gerade die Zusammendrängung in engen Räumen, die Anfälligkeit stark erhöht und die Widerstandsfähigkeit des Körpers stark sinkt. M. d. R. Ulfjka wies im Vortrag „Grenzlandnot und Siedlung“ darauf hin, wie nur durch eine tatkräftige Siedlung unsere so stark bedrohten Grenzen erhalten werden können und forderte mit allem Nachdruck Beseitigung der wirtschaftlichen Notlage gerade der bäuerlichen Siedler im Osten, um so die erschreckende Abwanderung aufzuhalten. Leider mußte der Vortrag von Prof. Auhagen „Die neue russische Agrargesetzgebung“ ausfallen. Er wird im nächsten Heft des „Jahrbuchs der Bodenreform“ erscheinen. Bezirksoberamtmann Zahn zeigte, wie der „Aufbau der Wohnheimstätten in Bayern“ weit fortgeschritten ist.

Es hatte schon eine geschichtliche Bedeutung, als die Vertreter von 8-9 Millionen deutscher Menschen mit ihren Erklärungen ihren Aufbauwillen im Sinne der Bodenreform bekundeten. Da erklärten sich für die Bestrebungen der Bodenreform die Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten, Beamten der verschiedensten Richtungen, die katholischen (Wolkers) und evangelischen Jungmännerbünde (Fronmüller), der Reichsverband der Kleingartenvereine (Förster), Bund Deutscher Mietervereine, Dresden (Hermann), Reichsbund Deutscher Mieter (Ozjenk), die Kriegsbeschädigten, die freien Hausbesitzer, Siedler usw.

Der Bundestag wandte sich in Entschliefungen gegen den Bauandgesetzentwurf, der den Wünschen von Millionen nicht entspricht, forderte weiter ein Notgesetz, daß die Landesgesetze über Baubeschränkungen und Festsetzung von Baufluchtlinien ihre Gültigkeit erlangen, weist endlich Reichsregierung und Reichstag auf die Gefahr hin, daß dem deutschen Volke sein Boden und seine Ertragnisse durch Monopolbestrebungen der verschiedensten Art entzogen werden und verlangt die endliche Durchführung des Art. 155 der Reichsverfassung.

So war der Bundestag eine machtvolle Kundgebung für das Wohnheimstättengesetz. Damasko schloß den Bundestag, der in allen Schichten des deutschen Volkes das größte Echo gefunden hat, mit dem Hinweis, daß nur deutsche Bodenreform deutsches Land dauernd deutschen Menschen erhalten kann, daß nur deutsche Bodenreform die Grundlage abgibt für eine gesunde Volksaufbau. Wa.

Rundschau.

Führermut. Die sozialistische „Holzarbeiter-Zeitung“, so schreibt uns ein Mitglied, polemisiert in ihrer Nr. 19 vom 10. Mai gegen einen Artikel im Tischler-Gewerk, Organ des Rheinisch-Westfälisch-Lippischen Tischler-Innungsverbandes, der die gleiche Überschrift trägt wie unsere Notiz. Daß dabei auch die Führer unseres Verbandes mit einigen Dreckprügeln bedacht worden sind, ist bei der Einstellung der „Holzarbeiter-Zeitung“ nicht verwunderlich. Sie dreht und deutelt an den Auslassungen anderer so lange herum, bis sie dieselben für ihre Zwecke zurechtgebogen hat, um dann ihren Senf dabeigeben zu können. Die sozialistische „Holzarbeiter-Zeitung“ kommt zurück auf unsere Tarifbewegung im Vorjahre, redet vom Verrat der christlichen Führer, sie seien mit fliegenden Fahnen in das Lager der Gegner übergegangen, sie hätten Herrn Kückelhaus aus der Hand gefressen und noch mehr solch „geschmackvollen“ Unsinn. Es ist selbstverständlich, daß nach der sozialistischen „Holzarbeiter-Zeitung“ nur sie und ihre Leute den richtigen Führermut besitzen. Sie wütet unter ihren Feinden und Gegnern wie seinerzeit Hunnenkönig Etel. Sie kämpft in allen Phasen des Kampfes an der Spitze ihrer Mannen bis zum glorreichen Sieg — oder bis der Ruf erschallt: „Rette sich wer kann“. Dann ist sie allerdings wieder an der Spitze, denn nur sie hat den „wahren Mut“ und ist der rechte „Herzog“, auch wenn's heißt: Rückwärts, Don Rodrigo.

Kann die „Holzarbeiter-Zeitung“ nicht auch anders? Gibt es vielleicht Leute, die noch größeren Mut haben als sie? In der gleichen Nummer, auf der gleichen Seite, berichtet sie über die Vertragsbewegung in Berlin. Dort hat man angesichts der schlechten Wirtschaftslage im Holzgewerbe den bisherigen Tarifvertrag, der gekündigt war, mit einer vierzehntägigen Kündigungsfrist wieder in Kraft

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Der 23. Wochenbeitrag ist für die Zeit vom 1. bis 7. Juni 1930 fällig.

Teilzahlungen an die Hauptkasse sind regelmäßig zu leisten. Die Zahlstellenkassierer müssen den Beitragseinzug und Geschäftsabwicklung so einrichten, daß möglichst wenig Bargeld am Orte verbleibt. Bei peinlich genauer Anwendung der ergangenen Anweisungen schützen Kassierer und Vertrauensleute sich und den Verband vor Verlusten. Darum: Teilzahlungen!

Verlorene Bücher.

Nr. A 2904, Herbert Ellwart; Nr. 213 125, Wilhelm Laufenberg; Nr. 327 938, Josef Peters; Nr. 133 632, Ferdinand Samson; Nr. 296 287, Wilhelm Weingarten; Nr. 238 018, Heinrich Bolten; Nr. 284 222, Engelbert Patt; Nr. 318 412, Adam Margara; Nr. A 3251, Josef Fruth; Nr. 118 108, Johann Spiekert.

Diese Bücher sind für ungültig erklärt.

gesetzt. Nun zeigen die Kommunisten, an ihrer Spitze die „Rote Fahne“, einen größeren Mut wie die „Holzarbeiter-Zeitung“, die plötzlich ganz zahm geworden ist und ihren „Dreschflegel“ gar nicht gebrauchen will. Sie schreibt: „Jede Verständigung über die Regelung der Arbeitsbedingungen, auch wenn sie für die Arbeiterschaft noch so vorteilhaft ist, empfindet man bei den Moskauern als einen Verrat an der Weltrevolution. Deshalb müssen Forderungen gestellt werden, deren Erfüllung an den wirtschaftlichen Verhältnissen scheitern muß, so sehr auch ihre Verwirklichung im Interesse der Arbeiterschaft zu begrüßen wäre.“

Also die Kommunisten haben Forderungen gestellt, deren Verwirklichung zu begrüßen wäre, aber um im Sinne der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu reden: Sie hat keinen Mut, sie frißt den Arbeitgebern aus der Hand, sie verlängert sogar den alten Vertrag, sie übt Verrat an ihren kommunistischen Mitgliedern, die doch den viel größeren Mut haben und Ioschlagen möchten. Verehrte „Holzarbeiter-Zeitung“, wer hat nun den patentierten „Führermut“? Hier im Westen sollte alles kurz und klein „gesiegt“ werden und als die Führer des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter die Forderungen verwirklicht, die im Interesse der Arbeiterschaft zu begrüßen waren, da gaben die Leute, die den einzig wahren Führermut besitzen die Parole heraus: hinein in die Betriebe zu den alten Bedingungen, wartet nicht ab, ob der Zentralverband christlicher Holzarbeiter den neuen Tarifvertrag einschließlich der Lohnerhöhung zustande bringt, vielleicht könnt ihr durch die Arbeitsaufnahme den Vertragsabschluss sabotieren. Wer hat an seinen Bundesgenossen „Verrat“ geübt? Die sozialistische „Holzarbeiter-Zeitung“ sollte mit dem Gebrauch dieses Wortes, das ihr in hunderten, ja tausenden von Fällen von den Kommunisten vorgeworfen worden ist, recht vorsichtig sein. Wir nehmen ihr aber ihre geschwollene und aufgeblasene Art nicht übel, handelt sie doch nach dem alten Schlagel: „Rechts herum, links herum, immer mang det Publikum, hin und her, kreuz und quer, dat gefällt mir sehr.“ Ja, ja liebe „Holzarbeiter-Zeitung“ du bestätigt es: Mut zeigt auch der lahme Muck.

Lohnsenkung in der Eisenindustrie Nordwest. Die in der vorigen Woche in Dortmund abgebrochenen Verhandlungen über die Schaffung eines Manteltarifs für die Arbeiter der Eisen- und Stahlindustrie der Gruppe Nordwest sind am Montag in Bad Oeynhausen unter dem Vorsitz des Schlichters für Westfalen, Professor Brahn, fortgesetzt und in später Abendstunde beendet worden. Es wurde ein Schiedsspruch gefällt, dem u. a. zu entnehmen ist, daß die Arbeiter, die im Sonntagsdienst beschäftigt werden, 50 Prozent Zuschlag erhalten sollen. Feuerarbeiter sind nicht mehr im Freien zu beschäftigen. Die sozialen Zulagen sollen künftig nicht mehr dem alleinigen Ernährer, sondern dem Haupternährer zugestanden werden. Kinderzulagen werden in Zukunft für alle Kinder bis zur Vollendung ihrer Bildung an einer Volks- oder höheren Schule, möglicherweise bis zum 19. Lebensjahr, gewährt werden. Weiterhin tritt eine günstigere Urlaubsregelung für Jugendliche ein. Erhöht wird

auch die Urlaubsentschädigung für Arbeiter, die gezwungen waren, Feiertagen zu machen. Die Arbeitnehmer haben zugestimmt, daß über die Akkordsätze mit den Löhnen zusammen verhandelt werden kann. Die Severing-Klausel ist fortgefallen. Der Vertrag läuft bis zum 31. Mai 1931. Er kann erstmalig am 1. April 1931 gekündigt werden. Die Parteien haben sich bis Montag, den 2. Juni, über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches zu erklären. Zu dem Schiedspruch hat der Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrie dem Schlichter eine Erklärung abgegeben, in der darauf hingewiesen wird, daß sich der Arbeitgeberverband wegen der schwierigen Wirtschaftslage leider gezwungen sieht, eine Verkürzung der übertariflichen Verdienste der Arbeiter sowie sämtlicher Gehaltsempfänger vorzunehmen, und zwar in einem Umfang, daß eine Ersparnis bis zu zehn Prozent der gesamten Lohn- und Gehaltssummen eintritt. Die Tarifgehälter und Tariflöhne wie auch der tariflich festgelegte Akkordrichtsatz von 15 Prozent über Tariflohn bleiben dabei unberührt, werden sogar zum größten Teil nach der Verdienstermäßigung noch um ein Erhebliches überschritten. Die Minderung des Verdienstes soll jedoch nur eintreten, wenn die Eisenindustrie den Preisabbau einen Monat vorher durchführt, und zwar in einem Umfang, der mindestens dem Ausmaß der zu ersparenden Lohn- und Gehaltssummen entspricht.

Der christliche Metallarbeiterverband hat auf Grund eines Beschlusses seiner Funktionärkonferenz vom 29. Mai den Schiedspruch abgelehnt. In der Tagespresse wird die Vermutung ausgesprochen, daß eine schnelle Verbindlichkeitserklärung durch das Reichsarbeitsministerium ausgesprochen wird.

Arbeitslosigkeit und Mehrarbeit. In einem Erlaß an die Sozialministerien der Länder nimmt Reichsarbeitsminister Stegerwald zu der Frage „Arbeitslosigkeit und Mehrarbeit“ Stellung. Zunächst wird in dem Runderlaß auf die Mitteilungen der Gewerkschaftspresse verwiesen, daß trotz der gegenwärtigen großen Arbeitslosigkeit noch immer in manchen industriellen Bezirken oder Betrieben Mehrarbeit in erheblichem Umfang geleistet werde. Soweit die Mehrarbeit nach der geltenden gesetzlichen Arbeitszeitregelung ihre Grundlage in tarifvertraglichen Vereinbarungen habe, entziehe sie sich, so lange sie nicht über zehn Stunden täglich hinausgeht, der behördlichen Beeinflussung. Fehlen aber tarifvertragliche Vereinbarungen, so bedarf die Mehrarbeit in der Regel der behördlichen Genehmigung. Bei dieser Sachlage weist der Reichsarbeitsminister auf die Notwendigkeit nicht nur einer genauen Durchführung der gesetzlichen Arbeitszeitbestimmungen für Arbeiter und Angestellte im allgemeinen hin, sondern vor allem auch auf eine sorgfältige und strenge Prüfung der Anträge auf behördliche Zulassung von Mehrarbeit, insbesondere nach der Richtung, ob nicht an die Stelle der Mehrarbeit die Einstellung neuer Kräfte treten kann. Dabei wird zum Ausdruck gebracht, daß Mehrarbeit auch in der heutigen Zeit der großen Arbeitslosigkeit vom Standpunkt nicht nur des Unternehmers, sondern auch der Arbeitnehmerschaft notwendig sein kann, wenn die vorübergehende Einstellung weiterer Arbeiter aus betrieblichen oder anderen wirtschaftlichen Gründen nicht möglich ist. Jeder Einzelfall bedürfe hier besonderer Prüfung. Wo um Mehrarbeit eingekommen wird, soll diese nur für kurze Zeiträume zugelassen werden.

Dieser Erlaß ist zu begrüßen. In der Zeit großer Arbeitslosigkeit darf der Achtstundentag nicht ohne Not überschritten werden. Es muß vielmehr eine vernünftige Aufteilung der vorhandenen Arbeitsmenge an alle Arbeiter und Angestellten angestrebt werden.

Auch ein Beitrag zur Arbeitslosenversicherung. In der Zeit, in der die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, um ihren Haushalt auszugleichen, gibt es Arbeitgeber, besonders in der Landwirtschaft, die versuchen, der Reichsanstalt die Beitragsgelder vorzuenthalten. Eine Illustration darüber, wie es gemacht wird, gibt eine Verhandlung vor dem Arbeitsgericht in Köln. Ein fristlos entlassener Landarbeiter klagte auf Entschädigung. Er begründete seine Forderung mit dem Abschluß eines Jahresabschlußvertrages. Der Arbeitgeber sei somit verpflichtet, ihn bis zum Ablauf des Vertrages zu beschäftigen. Vor dem Arbeitsgericht gab der Arbeitgeber die interessante Erklärung ab, der Jahresvertrag sei nur ein Scheinvertrag. Sein Abschluß würde aus dem Grunde getätigt, damit sie keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu zahlen brauchen.

Wir konstatieren, daß hier Mißbrauch mit der Arbeitslosenversicherung von Seiten der Arbeitgeber getrieben wird. In der Erkenntnis des richtigen Sachverhaltes schloß sich auch das Gericht nicht

dem Vorbringen des Arbeitgebers an. Es kam vielmehr zu einem Vergleich. Der Arbeitgeber verpflichtet sich, eine Entschädigung von 70 RM. zu zahlen und den Landarbeiter bis zum Vertragsablauf weiter zu beschäftigen.

Damit kann allerdings diese Angelegenheit nicht beigelegt sein. Auf solche Art werden der Reichsanstalt Mittel entzogen. Die Reichsanstalt und auch das Reichsarbeitsministerium müssen in Verbindung mit der Justiz den Scheinverträgen der Arbeitgeber in der Landwirtschaft stärkstens entgegenwirken. Betrug muß bestraft werden.

Berichte aus den Zahlstellen.

Der Gau tag in Schlesien. Am Sonntag, den 4. Mai, fand in Breslau die Gaukonferenz für Schlesien statt. Vertreter aus allen Zahlstellen waren nach Breslau gekommen, um in ernster Beratung zu den verschiedensten Fragen Stellung zu nehmen. Eine besondere Note erhielt die Tagung durch die Anwesenheit des Zentralvorstehenden, Heinrich Kurtzschoid aus Köln.

Auf der Tagesordnung standen drei Referate: Kollege Kurtzschoid, Köln, sprach über die Entwicklung und Lage des Verbandes im Reich, Kollege Walter würdigte die Lage des Verbandes im Gau Schlesien und Kollege Chabitant behandelte die Frage der Jugendorganisation. Es soll hier in der Hauptsache über den Vortrag des Kollegen Walter berichtet werden. Derselbe führte ungefähr folgendes aus:

Der Gau Schlesien gehört zu den Grenzgebieten und hat infolgedessen unter der wirtschaftlichen Not besonders zu leiden; durch die Abtretung großer Landesteile an Polen und die Tschechoslowakei, gingen viele und große Wirtschaftswerte für die Provinz Schlesien verloren. Dann kam der jahrelange Zollkrieg mit Polen. Dadurch wurde der Provinz Schlesien das für Handel und Verkehr außerordentlich wichtige Hinterland genommen.

Daß unter diesen Umständen das Holzgewerbe eine sehr große Arbeitslosigkeit aufzuweisen hat, ist verständlich. Nicht nur in den Bau- und Möbelfischereien, sondern auch in der Sägewerksindustrie, in der Bürsten- und Korbwarenindustrie herrscht Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sehr stark. Dazu kommt, daß die Löhne außerordentlich niedrig sind. Trotz dieser verschiedenartigen Schwierigkeiten ist unser Verband im letzten Jahre vorwärts gekommen. Es war möglich, zehn neue Zahlstellen und zehn neue Vertrauensmannschaften zu gründen. Wir sehen hieran, daß die Arbeiterschaft in Schlesien mit der Zeit zu der Überzeugung gelangt, daß eine Änderung ihrer wirtschaftlichen Lage nur auf christlicher Grundlage erreicht werden kann.

Mit der Entwicklung der Mitgliederbewegung, können wir nicht zufrieden sein. Trotz der Erfolge, die wir auf diesem Gebiete erreicht haben, hätten diese Erfolge größer sein können, wenn restlos in allen Zahlstellen mit dem nötigen Eifer gearbeitet worden wäre. Es muß in den nächsten Monaten unsere Aufgabe sein, die Zahlstellen, und damit den Verband zahlenmäßig vorwärts zu bringen. Wir müssen uns bewußt sein, daß ein Unorganisierter von uns nicht als Kollege angesehen und gewertet werden kann. Einer der nicht organisiert ist, aber die Früchte unserer Arbeit einsteckt, bestiehlt uns genau so gut, wie ein Arbeitgeber, der nicht den Tariflohn bezahlt.

Sehr viel Arbeit mußte geleistet werden, um den Kollegen bei den Arbeitsgerichten und den Instanzen der Sozialversicherung zu ihrem Rechte zu verhelfen. Es konnten hier aber auch gute Erfolge verbucht werden. Mehrere Tausend Mark wurden dadurch für die Kollegen gerettet.

Auch auf dem Gebiete der Lohn- und Tarifbewegung sind wir in heftigen Kämpfen mit den Unternehmern ein Stück vorwärts gekommen. In der Bau- und Möbelindustrie konnten Lohnaufbesserungen bis zu 8 Pfennig erzielt werden. In der Sägewerksindustrie wurden die Spitzenlöhne teilweise um 6 Pfennig nach oben verschoben. Sehr schwierig war, die Anerkennung der erhöhten Kostgeldsätze für die Lehrlinge zu erlangen. 13 Wochen Streik waren notwendig, um die Arbeitgeber zu überzeugen, daß unsere Mitglieder an ihrer Forderung für gerechte Bezahlung auch der Lehrlinge nicht rütteln lassen.

Mit einem Appell an die Delegierten, sich in ihren Zahlstellen für die Belange des Verbandes einzusetzen, wurde der mit vielem Beifall ausgenommene Vortrag beendet.

Kollege Chabitant referierte über die Frage der Erfassung der Jugendlichen in den Zahlstellen. Er wollte den Anwesenden einige Fingerzeige für die praktische Arbeit mit auf den Weg geben.

Vor allen Dingen ist da eine gute Hausagitation erforderlich. Die Jugend ist nur zu gewinnen, wenn sie Vertrauen zu den älteren Kollegen erhält. Das Adressenmaterial besorgt man sich in den konfessionellen Jugendvereinen, in den Betrieben und der Nachbarschaft. Sehr oft wird auch die Eiste der neu in die Berufsschule aufgenommenen Lehrlinge gute Dienste leisten.

Wird das Material in der Vorstandssitzung gut durchberaten, und beteiligen sich die Mitglieder an der Hausagitation mit freudigem Eifer, so werden für uns die meisten Jugendlichen zu gewinnen sein.

Wichtig ist aber auch, daß man die Jugendlichen zur praktischen Arbeit heranzieht. Die Arbeit in der Jugendgruppe muß von den Mitgliedern selbst gemacht werden. So sollen sie Dorfsitzenden, Schriftführer und Kassierer der Gruppe stellen. Nur sehe man zu, daß man einen älteren, sittlich aufstrebenden Kollegen der Gruppe zur Seite stellt. Die Jugendgruppe muß zur Dorfschule für die eigentliche Gewerkschaftsarbeit werden.

Wenn wir uns in den letzten Jahren stärkstens der Jugend gewidmet haben, so ist das nicht aus egoistischen Gründen geschehen. Wir fühlen uns berufen, die Jugend zu schulen und zu erziehen zu tüchtigen Facharbeitern, zu verantwortungsfreudigen Staatsbürgern und zu ganzen Menschen. Dazu kommt die Unterstützung der Jugend in ihren wirtschaftlichen Nöten. Das sind die Ziele, die wir auf christlicher und gesetlicher Grundlage anstreben.

In der Aussprache drückten die Kollegen ihre Freude über die Entwicklung des Verbandes in Schlesien aus und versprachen, in Zukunft mehr noch wie bisher an dem Ausbau desselben mitzuwirken, damit der Arbeiterstand gleichberechtigt werde in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft.

Gaujugendtreffen in Werden (Ruhr). Am Sonntag, den 11. Mai, veranstaltete der Gau Bochum ein Jugendtreffen in Werden an der Ruhr, welches trotz des anhaltenden Regens einen großartigen Verlauf nahm. Bereits am Samstag hatten sich eine Anzahl Jungmänner an den Sammelpunkten in Essen und Gelsenkirchen eingefunden. Für freies Nachtquartier hatten die Kollegen dieser Zahlstellen gesorgt.

Am Sonntag früh, nach einem gemeinschaftlichen Gottesdienst, fand eine Besichtigung der Einrichtungen des Konsumvereins Wohlfahrt in Altenessen statt. Die Straßenbahnverwaltung hatte eine Anzahl Sonderwagen zur Verfügung gestellt, um die Massen ohne Störungen schneller befördern zu können. Nach der Besichtigung der umfangreichen Anlagen wurde sämtlichen Teilnehmern ein kleines Frühstück überreicht. Von hier fuhr man wieder mit Sonderwagen zum Haupttreffpunkt nach Essen-Bredeney, von wo aus in geschlossener Zug der Abmarsch zum Germaniaaal nach Werden erfolgte. Trotz des Regens herrschte die beste Stimmung. Die beiden Trommlerkorps Dortmund und Gelsenkirchen in ihren schneidigen Uniformen sorgten abwechselnd für den notwendigen Gleichschritt auf dem Marsche nach Werden.

Die Augen der Jungmänner leuchteten auf, als sie kurz vor dem Tagungslokal an ihrem bewährten Führer, dem Zentralvorsitzenden Kurtscheid, Köln, vorbeimarschierten.

Punkt 12 Uhr begann der Festakt, eingeleitet mit dem Jungturmlied: Wann wir schreiten . . ., worauf Kollege Kutscheid, Bochum, die Tagung eröffnete. Zunächst begrüßte er die große Anzahl der erschienenen Jungmänner, die aus ganz Westfalen und dem engeren Industriegebiet zusammengekommen waren. Ganz besonders begrüßte er dann den Zentralvorsitzenden des Verbandes — Kollegen Kurtscheid und den Reichsjugendleiter Kollegen Schick aus Köln sowie Herrn Bissels, Geschäftsführer des Konsumvereins Wohlfahrt und Herrn Schmitz von der Deutschen Volksbank, Essen, beide noch Mitglieder unseres Verbandes.

Er übergab dann dem Jugendleiter Herrn Kaß aus Werden die Leitung der Tagung.

Ein von dem Jungmann Lenzert, Recklinghausen, mit Wucht vorgetragener Prolog löste einen Sturm der Begeisterung unter den im Saal Versammelten aus.

Der Zentralvorsitzende hielt alsdann eine zündende Ansprache an die Jugend, wobei er besonders den Zweck und das Ziel des Verbandes hervorhob und Mittel und Wege zeigte, die zur Hebung des Berufsstandes sowie der Arbeiterschaft überhaupt führen. Mit großem Beifall wurden die tiefgreifenden und grundsätzlichen Ausführungen aufgenommen.

Kollege Schick wußte dann in seiner eigenen Art die Jugend zu fassen und sie für unsere Bewegung zu begeistern. Weiter kamen noch zu Wort Herr Bissels und Herr Schmitz. Letztere betonten, daß neben der Gewerkschaftsarbeit wir uns auch das Mitbestimmungs-

recht in der Wirtschaft verschaffen müßten. Dieses sei möglich durch die Konsumvereinsbewegung und auch durch Schaffung von eigenen Banken, bei denen die Arbeiter ihre Spargelder anlegen.

Nachdem noch einige Lieder gesungen wurden und 2 Jungmänner von Essen Gedichte vorgetragen hatten, wurde der offizielle Teil geschlossen und ein gemeinschaftliches Essen eingenommen.

Trotz des strömenden Regens zog der größte Teil der Teilnehmer noch zum Pastorsberg, dem schönsten Aussichtspunkt über das Ruhrtal, um von hier aus die Naturschönheiten des Ruhrtales zu bewundern. Aber nur ganz kurze Zeit war ihnen dieses vergönnt, da sich dann wieder die Schleusen des Himmels öffneten und der Regen in Strömen herunterschloß. Wenn auch der Wettergott der Holzarbeiterjugend nicht allzu hold war, so hat er aber nicht vermagt, der Jugend die Stimmung und Begeisterung für ihre Sache zu nehmen. Gegen 6 Uhr zog dann die Jugend mit Sang und Klang in Gruppen zum Bahnhof Werden, um so wieder nach ihrer Heimat zu gelangen. Trotz der Ungunst der Witterung wird diese Tagung der Jugend noch lang in Erinnerung bleiben. Diese Tagung zeigte aber auch, daß unsere Jugendbewegung einen sehr guten Aufschwung genommen hat und daß sie den Willen hat, sich auch noch weiter empor zu arbeiten.

Essen. In unserer letzten Versammlung hielt Landwirtschaftsrat Dr. Engels, Bonn, einen Vortrag über das Thema „Landnot — Dolksnot“. Wir entnehmen seinen Ausführungen folgendes:

„Die Interessengegenätze der einzelnen Stände sind nie so stark aufeinandergeplagt wie heute. Ist die Not der Landwirtschaft so groß, daß unbedingt geholfen werden muß? Die allgemeine Lage, besonders für den kleinen Landwirt, ist trostlos. Die Verschuldung für die deutsche Landwirtschaft beträgt 9 Milliarden. Diese Verschuldung hat die gleiche Höhe der Dorkriegszeit erreicht. Es besteht aber trotzdem ein großer Unterschied zwischen der Dorkriegsverschuldung und der augenblicklichen. Die Dorkriegsschuld erwuchs in einem Zeitraum von fast 100 Jahren, während die heutige Schuldsomme sich in 7—8 Jahren angehäuft hat. Vor dem Kriege waren die Milliarden in Gebäuden und ähnlichem angelegt, heute dagegen zum großen Teil für Steuern und ähnliche Verpflichtungen. Im Rheinland ist im letzten Jahre die Verschuldung weiter um 65 Millionen gestiegen. Eine bedeutende Belastung für den Landwirt sind die enorm hohen Zinsen, die für aufgenommenen Kapitalien zu entrichten sind. Vor dem Kriege betrug der Zinsfuß noch bis 3½%, heute dagegen 10 und mehr Prozent. Der Agrarindex ist im Verhältnis zur Dorkriegszeit um nur 30% gestiegen, dagegen der Index für die allgemeine Lebenshaltung um reichlich 50%. Die Folge ist, daß auch die Löhne für landwirtschaftliche Arbeiter sehr gering, und 30% der Landwirte unterstützungsbedürftig sind. Eine besondere Erschwernung für den deutschen Landwirt der Nachkriegszeit ist der enorme Preisrückgang der ausländischen Produkte. Der Produktenmarkt ist in den vergangenen Jahren stets überfüllt gewesen, so daß dieser starke Preisrückgang der ausländischen Ware erklärlich ist. Die deutschen Landwirte haben leider einen großen Fehler begangen, indem sie sich hauptsächlich auf Massenproduktion, wie Kartoffeln, Roggen usw. eingestellt und dagegen auf dem Gebiete der Erzeugung von Edelprodukten stark zurückgeblieben sind, so daß die deutsche Ware nicht mehr mit ausländischer konkurrieren kann. Es gilt hier Erziehungsarbeit bei den deutschen Landwirten zu leisten, damit die deutsche Ware an Güte der ausländischen nicht nachsteht. Um diese Erziehungsarbeit durchzuführen, ist der augenblickliche Zoll, der ein Erziehungs Zoll sein soll, eingeführt.

Deutschland hat jährlich an das Ausland 2 Milliarden an Reparationen zu zahlen. Wir beziehen vom Ausland dagegen für 3 Milliarden Mark ausländische Lebensmittel. Diese können beim Weiterbau der Landwirtschaft auf 1 Milliarde herabgemindert werden. Der augenblickliche Zoll soll die Überschwemmung des Produktenmarktes dämmen. Es ist unbedingt notwendig, daß mehr deutsche Erzeugnisse verwertet werden, da dadurch auch die Landwirtschaft, die ¼ der deutschen Bevölkerung beschäftigt, wieder in die Lage versetzt wird, einen erheblichen Teil des heutigen Arbeitslosenheeres aufnehmen zu können. Man schätzt im Augenblick ½ Million erwerbslose Landarbeiter, die bei voller Ausnutzung der deutschen Landwirtschaft restlos Verwendung finden können. Der Zoll soll ganz besonders dem kleineren Landwirt helfen. Die Größe der Landwirtschaft ist nach der Statistik folgende: 6% von den deutschen Bauern haben 6 Morgen Land, 11% 8 Morgen, 57% bis zu 20 Morgen, und 26% sind Großbauern. Von der gesamten bebauten Fläche gehören 20% dem Großgrundbesitz. Die jährliche Produktion der

Landwirtschaft beträgt ungefähr 13 Milliarden, die der Industrie 26 Milliarden. Diese Zahl zeigt die große Bedeutung unserer Landwirtschaft. Der Absatz deutscher Industrieerzeugnisse an die Landwirtschaft ist enorm hoch. Von der gesamten Düngemittelproduktion übernimmt sie 70%, von den Industrieerzeugnissen 25%, von den Textilserzeugnissen 15%, von den Bauerzeugnissen 10% und von den Maschinenzeugnissen 15%. Das Zusammenhängen eines Zweiges bringt, da alle Zweige miteinander verbunden sind, eine Gesamtkrise. Der Einnahmerückgang von 1/2 Milliarde in der Landwirtschaft hat eine Arbeitslosigkeit von 1/4 Million zur Folge. Der Produktionsrückgang betrug 1 Milliarde. Die Folge: 1/2 Million Erwerbsloser auf Konto der Landarbeiterschaft. Die Reparationsbelastung zwingt uns dazu, mehr auszuführen als einzuführen. Also bleibt nur noch die Ausfuhr an landwirtschaftlichen Produkten übrig. Die Zahlen sind im Gegensatz zur Vorkriegszeit um 300—500% gestiegen. Der Erziehungszoll soll 10 Jahre bestehen, damit der deutsche Landwirt seine Preise an die ausländischen angleichen kann. Die augenblicklichen Preise für Roggen betragen 18.00 Mk., für Weizen 42.00—Mk. Der Preis betrug im Jahre 1929 für Roggen 23.00 Mk., für Weizen 29.00 Mk. Die Erzeugerpreise und Verkaufspreise haben in der Nachkriegszeit eine bedeutend größere Spanne erfahren, die in der Hauptsache durch den Zwischenhandel hervorgerufen wird.“

Dem Vortrag folgte eine sehr lebhaft ausgeführte, an der sich u. a. auch der Großeinkäufer, Kollege Meyer, vom Konsumverein Wohlfahrt beteiligte. Seinen interessanten Ausführungen entnehmen wir folgendes:

„Dem Vortrag des Herrn Dr. Kiefer kann man auch die Überschrift geben ‚Arbeiternot-Volknot‘. Die Arbeiterschaft, insbesondere die in der Genossenschaft ‚Wohlfahrt‘ zusammengeschlossene, hat stets deutsche Produkte selbst dann noch den ausländischen vorgezogen, wenn letztere einige Prozent teurer waren als die ausländischen. Leider ist die höchste Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft immer noch nicht erreicht, so daß es recht oft für die Verbraucherkreise schwer fällt, deutsche Ware zu beziehen. Wir müssen eine Plattform finden, auf der wir uns einigen können. Wir sind uns bewußt, daß wir der deutschen Landwirtschaft vorwärts helfen müssen, um Erzeugnisse von ihr übernehmen zu können. Es besteht eine zu große Kluft zwischen Angebot und Nachfrage. Die Nachfrage für Weizenmehl ist im Augenblick sehr groß. Die Folge ist, eine enorme Steigerung der Preise. Im vorigen Jahre betrug der Sack Weizen noch 29.00 Mk., heute steht er auf 42.50 Mk. Die ausländische Butter ist trotz 13 1/2 Pfg. Zoll nur 5 Pfg. teurer als die deutsche Butter. Wir verlangen von der deutschen Landwirtschaft dasselbe Mittel in Anspruch zu nehmen, was die Arbeiterschaft immer anwenden mußte, um ihre Standesbewegung vorwärts und aufwärts zu führen, nämlich das Mittel der Selbsthilfe. Der augenblickliche Zoll hat die Grenze des Erträglichen für die Verbraucher schon fast überschritten. Auf Weizenmehl, das 28.00 Mk. kostet, steht ein Zoll von 15.00 Mk., Hafer, der mit 11.80 Mk. angeboten wird, genießt für 12.00 Mk. Zollschutz. Gerste, die 10.50 Mark kostet, hat einen Zoll von 10.00 Mk. Wir, die Arbeiterschaft, sind es endlich leid, Betrügereien, die in landwirtschaftlichen Kreisen passieren, z. B. Raifeisenskandal, durch unsere Steuern zu decken. Was sich die Landwirtschaft erlaubt hat, das hat sich noch nicht die radikalste Arbeitergruppe geleistet, nämlich das Stürmen der Finanzämter. Nicht nur, daß die Arbeiterschaft jede Unterstützung entbehren mußte, sie hat auch noch die Schutzzölle der Landwirtschaft tragen müssen. Phöbus, Landnot und Arbeiternot ist noch kolossal unterschiedlich. Weiten Kreisen der Arbeiterschaft geht es unstrittig dreckiger als dem schlechtgestellten Landwirt. Aber ihm wird nicht geholfen, dagegen dem Landwirt schon seit langem. Der ärmste Landwirt hat wenigstens für sich und seine Familie noch satt zu

essen, was häufig in ungezählten Arbeiterfamilien nicht der Fall ist. Der neue Zoll belastet die Verbraucherschaft jährlich mit 1 1/2 Milliarden Mark. Wir müssen von der Landwirtschaft fordern, daß sie zur Anbiederung von Qualitätswaren schreitet. Der Konsumverein Wohlfahrt hat im vergangenen Jahre 18% der angeforderten Waggons Kartoffeln ablehnen müssen, da sie in keiner Weise der geforderten Qualität entsprachen.“ Nachdem noch eine Reihe weiterer Kollegen zu Wort gekommen war, und vor allem gefordert wurde, die Erzeuger- und Verbraucher genossenschaften zum beiderseitigen eigenen Vorteil noch weiter auszubauen, erreichte nach einem kurzen Schlußwort des Referenten die sehr anregend verlaufene Versammlung nach vierstündiger Dauer ihr Ende.

Gaulsheim. Die beiden Ortsgruppen Gaulsheim und Mainz unseres Verbandes unternahmen am vergangenen Sonntag eine gemeinsame Wanderung nach dem bei Ockenheim gelegenen Jakobsberg, mit Besichtigung des dortigen Klosters und Denkmals. Die Klänge einer Musikkapelle verkürzten den Weg und gaben auch der äußerlichen Gesamtheit ein besonderes Gepräge. Unter der Führung eines Paters aus dem Kloster fand die Besichtigung der Kirche und des Klosters sowie der Wirtschaftsgebäude statt. Nachdem noch eine kleine körperliche Stärkung eingenommen war, ging es zurück nach Ockenheim zum Wingerkeller.

Der Vorsitzende der Gaulsheimer Zahlstelle, Kollege Klein, begrüßte nochmals die Mainzer Kollegen aufs herzlichste und hob hervor, daß gerade die Mainzer Zahlstelle es gewesen sei, die vor Jahren an der Gründung und dem weiteren Aufbau der Gaulsheimer Ortsgruppe tatkräftig mitgearbeitet hätte. Im Namen der Mainzer Kollegen dankte deren Vorsitzender, Kollege Eisenhauer, für die Einladung, wies aber bzgl. der Erinnerung an die Gründung der Zahlstelle Gaulsheim darauf hin, daß es Pflicht sei, an dem weiteren Ausbau unseres Verbandes stets eifrig mitzuarbeiten. Er begrüßte auch den Vertreter des Gau, den Gauleiter Kollegen Heck, dem er zu seinem 50. Wiegenfeste die herzlichsten Glückwünsche aussprach und dankte ihm für die großen Verdienste, die er dem Verbande in dieser Zeit geleistet habe.

Kollege Heck dankte für die Aufmerksamkeit und sprach den Wunsch aus, daß es ihm vergönnt sein möge, noch lange Jahre im Dienste des Verbandes zum Wohle der christlichen Arbeiterschaft wirken zu können.

Der gute Ockenheimer Wein zauberte im Augenblick eine fröhliche Stimmung hervor, die durch das anschließende Tänzchen noch gehoben wurde. Gar zu bald nahte der Abschied. Vorher aber ward beschlossen, daß die Gaulsheimer im nächsten Jahre ihren Ausflug nach Mainz führen sollen. Dann trennte man sich.

München. Am 26. Mai 1930 haben wir einen alten Kämpfer unserer christlichen Holzarbeiterfrage, unser Gründungsmitglied, den Kollegen Johann Holler zu Grabe getragen.

Holler gehörte vom Jahre 1899 bis 1903 dem Zentralvorstand des Verbandes und bis zum Jahre 1908 dem Vorstand der Verwaltungsstelle München an. Überall wo es galt, die Sache der christl. Holzarbeiter zu vertreten, stand Holler mit in vorderster Reihe.

Unsere Dank für seine jahrelange, pflichteifrige Mitarbeit wollen wir ihm nach seinem eigenen Willen am besten dadurch zum Ausdruck bringen, daß wir allerwegen für die Ausbreitung des Verbandes sorgen. Möge ihm die Erde leicht werden!

Anzeigenpreis für die bergsch. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengeluche und -Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Adln. Venloer Wall 9. Telefonruf West 515 46. — Redaktionszuschuß für Samstag-Mittag.
Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von M. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Adln.

Intarsien jeder Art
Katalog
gegen 0.50 Mark in Briefmarken
E. Biller, Heidelberg
Theaterstraße 7 II

Sprechmaschinen-Laufwerke
in allen Preislagen.
Hobel
i. Selbst- la. Doppelschneckenfederwerk einbauen (2 Stck. 30 cm Platten spielend) nebst allem Zubehör, wie Mutter, Gummunterlagen, Bremse, Regulator, Kurbel mit Rosette, 25 cm-Plattenteller mit Tuchbezug, Nickelklappbügelarm, la. Aluminium-Schalldose nur Mark 26.—
Versand p. Nachnahme. Tonführungen aus Holz und Metall. Katalog gratis und franko von
Robert Husberg - Neuenrade i. W. No. 9

Die Fachschrift
die jeder strebsame Tischler haben muß:
Handwerkskunst im Holzgewerbe
Bezugspreis: 2 M. vierteljährlich
Bestell. bei Postanstalten oder direkt
VERLAG-KÖLN · VENLOERWALL 9